



<https://biz.li/3et9>

LESEMANN: LAATZEN-MITTE WIRD TOP? ERHÄLT 1,6 MILLIONEN EURO STÄDTEBAUFÖRDERUNG

Veröffentlicht am 17.08.2022 um 08:31 von Redaktion LeineBlitz

Im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms fördert Niedersachsen gemeinsam mit dem Bund erneut Städte und Gemeinden mit 121,65 Millionen Euro. "Laatzen-Mitte wird top" erhält wieder 1,6 Millionen Euro aus dem Programm Sozialer Zusammenhalt. . "Ich freue mich, dass die Finanzierung fortgesetzt wird", sagt die für Laatzen, Pattensen und Sehnde zuständige SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Silke Lesemann. Sie verwies darauf, dass bereits 20 Millionen Euro investiert worden sind, seitdem Laatzen ins Städtebauprogramm aufgenommen wurde. "Mit dem Städtebauförderungsprogramm leistet der Bund seit Jahrzehnten einen Beitrag dazu, dass Stadt- und Ortsteile, die zum Beispiel Strukturschwäche und



wirtschaftliche Benachteiligung aufweisen, aufgewertet werden. Ich freue mich, dass dieses Programm auch in meinem Wahlkreis dabei hilft, lebendige Nachbarschaften zu befördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken", so der hiesige Abgeordnete des Deutschen Bundestags, Dr. Matthias Miersch."Mit dem Förderprogramm können Städte und Gemeinden die Stadt- und Ortsentwicklung fördern - und damit lebendige und lebenswerte Ortskerne oder Quartiere gestalten", betont Lesemann. Die Städtebauförderung stehe seit mehr als 50 Jahren als verlässlicher Partner an der Seite der Kommunen und biete Planungssicherheit, damit auch in schwierigen Zeiten weiterhin die dringend benötigten Investitionen in die Anpassung der Innenstädte und Ortskerne zur Verbesserung der Lebensqualität und Attraktivität erfolgen können. "Unser oberstes Ziel: Die Menschen soll sich wohl fühlen in ihrem Umfeld und damit identifizieren", so Lesemann. Mit den Fördermitteln haben die Städte und Gemeinden die Möglichkeit, sich an aktuelle Herausforderungen in der Stadtentwicklung anzupassen. Ziel der Städtebauförderung ist es nicht nur, lebendige Zentren zu schaffen und stärken, sondern darüber hinaus auch dringend nötigen Wohnraum zu stellen, soziale Gemeinbedarfseinrichtungen zu fördern und Maßnahmen zum Umgang mit dem Klimawandel zu entwickeln. "Um auch besonders finanzschwachen Städten und Gemeinden einen Wandel zu ermöglichen, ist der Eigenanteil auf zehn Prozent gesenkt worden", erläutert Lesemann. Über die Förderungen werden die Kommunen durch die Ämter für regionale Landesentwicklung unterrichtet. Im Anschluss daran werden die Fördermittel von der NBank bewilligt.